

blick nach rechts

G 13861

INFORMATIONSDIENST ÜBER RECHTSAUSSEN: 14. Jahrgang Nr. 11 28. Mai 1997

→ **Vereintes Europa?** Seite 2

Die (west)europäische Rechte hat mit ihrem Propagandafeldzug gegen die EU und den Euro ein gemeinsames Thema. Künftig will man international auch stärker zusammenarbeiten.

→ **„Soldatenehre“** Seite 4

In ihrer Empörung über den angeblich durch die Wehrmachtausstellung erfolgten Angriff auf die „Ehre der deutschen Soldaten“ waren sich bundesdeutsche Rechts-extremisten seit jeher einig. Zunehmend melden sich jetzt dazu auch die Vertriebenen zu Wort.

→ **Brauner „Block“** Seite 6

Eine Neugruppierung aus dem neonazistischen Bereich wandelt auf den Spuren einer verbotenen Organisation.

→ **Was ist Rassismus?**

Seite 10

Der Begriff „Rassismus“ ist im engeren Sinne biologisch definiert. In der politischen Auseinandersetzung wird die Bezeichnung häufig synonym für andere diskriminierende Einstellungen und Verhaltensweisen verwendet.

Tagebuch Seite 14

Nur im Abo. 14tägig zum Preis von DM 117,- jährl. zzgl. MwSt. und Versand
Vorwärts Verlag, Wilhelmstr. 140, 10963 Berlin
Telefon 030/25 99 16 41, Fax 25 99 16 54

Extreme Rechte will
international kooperieren

„Europa der Vaterländer“

Die (west)europäische Rechte ist sich einig in ihrem Propagandafeldzug gegen die EU und den Euro. Von verstärkter internationaler Zusammenarbeit verspricht sich auch die zersplitterte bundesdeutsche Rechte mehr Einigkeit.

In der Bundesrepublik wurden von 1992 bis 1996 insgesamt 12 rechtsextreme Organisationen verboten. Seitdem arbeiten deutsche Rechtsextremisten und Gesinnungskameraden im Ausland intensiver zusammen: sei es durch aktive Unterstützung von Aktionen, logistische Hilfe in Wahlkämpfen, Herstellung und Verbreitung von Propagandamaterial oder gegenseitige Veranstaltungsbesuche - z.B. bei Auftritten von Skin-Bands. Kontakte zu Gleichgesinnten im Ausland werden von Rechtsextremisten, vornehmlich Holocaustleugnern, die auf der Flucht vor der deutschen Justiz sind, auch als Möglichkeit zum Unterschlupf genutzt. Beliebtester Zufluchtsort ist das von der Sonne verwöhnte Spanien. Dort genießt auch der Altnazi Otto Ernst Remer seinen Lebensabend.

Schon seit jeher übte die Teilnahme an Veranstaltungen im Ausland bei Rechtsextremisten einen besonderen Reiz aus - können die braunen Recken dort doch ungeniert mit in der Bundesrepublik verbotenen Symbolen (z.B. Keltenkreuz, Wolfsangel) aufmarschieren und sich -je nach Rechtslage- am Hitlergruß ergötzen. Beliebt sind solche Treffs aber auch, um sich gemeinsam beim sogenannten „Koma-Saufen“ bis zur Bewußtlosigkeit zu betrinken.

Treffpunkt Spanien

Im Mittelpunkt der alljährlich anstehenden Auslandsreisen steht die Ijzerbedevaart (Ijzer-Bitt-Wallfahrt) im westflämischen Städtchen Diksmuide, an den Ufern des Flüßchens Ijzer gelegen. Hier tobten während des I. Weltkrieges die verlustreichsten Schlachten der Flamen. Zum Heldenkult, und um dem Streben nach einem selbständigen flämischen Staat Ausdruck zu verleihen, versammeln sich hier seit 1927 separatistisch gesinnte Flamen. Am Rande der im August stattfindenden Kundgebung marschiert die europäische Rechte auf. Einen

der teilnehmerstärksten Blöcke stellt dabei die bundesdeutsche Szene. Diese umfaßt vor Ort das Spektrum von rechtsintellektuell geprägten Gesprächskreisen um die „Junge Freiheit“ und das Neonazi-Sammelbecken „Junge Nationaldemokraten“ (JN) bis zu Kadern verbotener Organisationen wie der „Nationalistischen Front“ (NF), der „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei“ (FAP) oder der „Wiking-Jugend“ (WJ). 43 Deutsche wurden letztes Jahr von der belgischen Polizei u.a. wegen des Verdachts des unerlaubten Waffenbesitzes und des Verwendens verbotener Kennzeichen festgenommen.

Vom Atlantik bis zum Ural

Bundesdeutsche Neonazi-Reisekader, ebenso wie Ewiggestrige von der „Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger“ (OdR), sowie der „Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit ehemaliger Angehöriger der Waffen-SS“ (HIAG) reichen sich bei der Ulrichsbergfeier, einer Gedenkfeier für gefallene Soldaten, die im Oktober auf dem Ulrichsberg im österreichischen Klagenfurt durchgeführt wird, die Hand. Organisiert wird das Treffen von der 1958 gegründeten „Ulrichsberggemeinschaft“, einer traditionspflegerischen Organisation, in der Funktionäre der SS-Veteranenorganisation „Kameradschaft IV“ tonangebend sind. Regelmäßige Gäste beim „traditionellen Soldatentreffen“ (so die „Junge Freiheit“ verharmlosend), bzw. bei den abendlich abgehaltenen Kameradschaftstreffen, waren bis in die jüngste Zeit die Nazi-Ikonen Florentine Rost van Tonningen und Gudrun Burwitz. Burwitz, die als Tochter des SS-Reichsführers Heinrich Himmler in NS-Kreisen großes Ansehen genießt und aktiv für die „Stille Hilfe für Kriegsgefangene und Internierte“, eine Gefangenenhilfsorganisation für Nazis und NS-Kriegsverbrecher sowie deren Angehöriger, wirkt, ist eng befreundet mit Florentine Rost van Tonningen. Deren Mann, Meinoud Marinus (Sturm-bannführer der Waffen-SS), ein Nazi-Kollaborateur, stand während der deutschen Besetzung der Niederlande als Präsident der Nationalbank vor. In der Villa van Tonningens fanden über Jahre hinweg Versammlungen der Kühnen-treuen „Gesinnungsgemeinschaft der >Neuen Front<“ (GdNF) statt. Trauzeugen bei der Heirat des Paares van Tonningen war einst Himmler, Organisator des größten Massenverbrechens in der Geschichte der Menschheit.

Der Terminkalender für reisende Kader der braunen Internationale endet alljährlich im November in der spanischen Hauptstadt. Mitten in der Innen-

stadt von Madrid gedenken jedes Jahr Tausende der Todestage des spanischen Diktators Francisco Franco und des Falange-Gründers Jose Antonio Primo de Rivera. Mobilisiert wurde zum letztjährigen Falangisten-Treffen in bisher außergewöhnlich starkem Umfang von der NPD und deren Jugendorganisation. Die Anreise per Flugzeug bzw. Bus organisierten Otfried Pahncke, Landesorganisationsleiter der NPD Berlin, und Frank Golkowski, NPD-Landesvorsitzender von Thüringen. Höhepunkt der Veranstaltung war eine Rede von Plas Pinar, dem „großen alten Mann“ („Nation+Europa“) der extremen spanischen Rechten.

Mit Auslandskontakten, die sich auf traditionelle Folklorefahrten a'la Diksmuide, Ulrichsberg oder Madrid zu Gleichgesinnten beschränken, wollen sich jedoch immer weniger Rechtsextremisten zufrieden geben. Immer drängender wird das Bemühen nach verstärkter Kooperation. Einig sind sich deutsche Rechtsextremisten mit anderen rechtsextremen Parteien und Organisationen in (West-)Europa in ihrem Propagandafeldzug gegen die „Europäische Union“ und eine gemeinsame Währung. Gefordert wird ein „Europa der Vaterländer“. Dahinter verbirgt sich vor allem die Konzeption eines „neuen“ Europa, das auf historische Vorbilder zurückgreift; u.a. auf die Politik der Waffen-SS, der ein Großeuropa vom Atlantik bis zum Ural vorschwebte (siehe BNR 8/96).

„Kampf der europäischen Kulturvölker“

Federführend tätig in Sachen Vernetzungsbestrebungen sind die „Jungen Nationaldemokraten“. Die von Holger Apfel geführte Truppe hielt 1996 in Folge einen „Europäischen Kongreß der Jugend“ ab. Veranstaltet wurde der nunmehr bereits 3.Kongreß aus der „Erkenntnis, daß nur im gemeinsamen Kampf aller europäischen Kulturvölker und durch die Solidarität der Völker die Zentralisierung Europas zu einem multikulturellen Vielvölkerstaat nach den Vorgaben von Maastricht wirkungsvoll verhindert werden kann“ („Einheit und Kampf“). Unter dem Motto „Europas Wiedergeburt durch den Befreiungsnationalismus der Völker“ fanden sich beim JN-Kongreß im sachsenanhaltinischen Groß Rosenburg (Kreis Schönebeck) Kameraden aus den folgenden Ländern ein: den Niederlande (Nationale Volkspartij/CP '86), Belgien (Voorpost/Vlaams Blok; National de la

Jeunesse >FNJ<), Irland (International Third Position), Italien (Fiamma Tricolore), Griechenland (Goldene Dämmerung), Rumänien (Ghimpu Sebastian Katallin) und Österreich (Bruno Haas). Schriftliche Grußworte lagen aus Kroatien (Neue Kroatische Rechte), Spanien (Allianza Unidad Nacional >AUN<), England (British National Party >BNP<), Ukraine (UNA/UNSO), Schweiz (Gaston Amaudruz) und Östereich (Otto Scrinzi) vor.

In welcher politischen Tradition die JN sich selbst sieht, wird nicht zuletzt dadurch dokumentiert, daß beim „Europäischen Kongreß der Jugend“ an die Gründung des „Europäischen Jugendverbandes“ im September 1942 in Wien erinnert wurde. Initiator der Gründung des „Europäischen Jugendverbandes“ war der am 24.Oktober 1996 in Berlin verstorbene Artur Axmann, der letzte Reichsjugendführer der NSDAP. Erinnert wurde beim JN-Kongreß, bei dem ca. 350 Teilnehmer zugegen waren, ebenfalls an den 1.Nationaleuropäischen Jugendkongress von 1972, der von Peter Dehoust, Ex-Chefideologe des „Bundes Nationaler Studenten“ (BNS) und ab 1971 verantwortlicher Redakteur von „Nation+Europa“, veranstaltet wurde.

Der Kontaktausbau der JN zu gleichgesinnten europäischen Organisationen kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß der Aufbau einer „Braunen Internationale“ noch in weiter Ferne steht - gilt es doch zuerst die zersplitterte deutsche Rechte unter einem Dach zu einen.

Den bundesdeutschen „Parteihader zu überwinden und das Gegeneinander so rasch wie möglich zu beenden“ („Nation+Europa“), scheint sich Jean-Marie Le Pen, Vorsitzender des erfolgreichen französischen „Front National“ (FN), auf seine Fahnen geschrieben zu haben. Auf Einladung von Le Pen diskutierte im Dezember 1996 eine Delegation bundesdeutscher Rechtsextremisten, darunter Franz Schönhuber (Ex-REP-Bundesvorsitzender) und die beiden Herausgeber von „Nation+Europa“, Harald Neubauer und Peter Dehoust, sowie Redakteur Karl Richter und Gert Sudholt (Verlagsgemeinschaft Berg), Manfred Rouhs („Europa Vorn“), Hans-Günter Schodruich (Ex-REP-MdEP) und Markus Beisicht (Funktionär der „Deutschen Liga für Volk und Heimat“), mit den Führungen des FN und des belgischen Vlaams Blok (VB) im Straßburger Europaparlament. Von bundesdeutscher Seite wurde, so „Nation+Europa“, zum Ausdruck gebracht, daß sowohl der FN als auch der VB „modellhaft“ seien. Eine Erkenntnis, der bisher noch keine Taten folgten.

Anton Maegerle

Einig in der Empörung

„Beschädigte Soldatenehre“

In der Agitation gegen die Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-44“ melden sich neben der extremen Rechten zunehmend auch die Vertriebenen zu Wort.

Rund 20 Prozent der knapp 340 bisherigen Unterzeichner habe ihren ehemaligen militärischen Dienstgrad - vom Gefreiten bis zum Generalleutnant - der Unterschrift zu einer Erklärung hinzugefügt, die in der „Jungen Freiheit“ (18/97) und parallel im „Ostpreußenblatt“ (17/97) abgedruckt wurde. Dort heißt es: „Die Ausstellung... verstößt gegen elementare Kriterien wissenschaftlicher Arbeitsweise. Trotzdem wird sie nun an herausragendem Ort gezeigt. Die Frankfurter Paulskirche kann als Symbol der deutschen nationalen Revolution von 1948 nicht der geeignete Ort für diese Ausstellung sein. Wir fordern die Politiker auf, die wissenschaftliche Kritik ernst zu nehmen, die Ausstellung nicht zu unterstützen und nicht durch herausragende Ausstellungsorte aufzuwerten. Sie bringt nichts Neues, das Bekannte aber verzerrt und schädigend für das Miteinander der Generationen.“ Initiator der dies tragenden „Arbeitsgemeinschaft Paulskirche“ ist der Student Götz Kubitschek, ehemaliger Redakteur der „Jungen Freiheit“ für Sicherheit und Militär.

Eine führende Rolle bei der Agitation gegen die Ausstellung hat das „Ostpreußenblatt“ übernommen. Hier sieht General a.D. Gerd H. Komossa das Ansehen der Soldaten „gezielt geschädigt“ (13/97, S.2). Helmut Kamphausen, früher Redakteur beim ZDF-Magazin, sieht an gleicher Stelle „die Ausstellung eines Kommunisten, der von einem Multimillionär ausgehalten wird“. Mehrfach fand sich im „Ostpreußenblatt“ eine Anzeige der Arbeitsgemeinschaft für Kameradenwerke und Traditionsverbände e.V. Für sie ist die Ausstellung „Kern einer ideologischen Kampagne, die allen ehemaligen und heutigen Soldaten gilt“. Sie sei „historisch unhaltbar“. Der Verband hat ein Gutachten durch Hartmut Schustereit erarbeiten lassen, bis zu seiner Pensionierung beim Militärgeschichtlichen Forschungsamt, der lediglich einen kleinen Teil des Begleitbandes untersucht, trotzdem aber zu einem umfassend vernichtendem Urteil kommt: „Alles in allem handle es sich um eine Fortschreibung

sowjetischer Propaganda, die längst durch die Geschichtsforschung widerlegt sei.“ (Aula 2/97, S.23) Bei seinen Interpretationen greift Schustereit auf Autoren zurück, über die der Historiker Wolfgang Wippermann urteilt, „daß es sich bei diesen Befürwortern der Präventivkriegsthese mit Ausnahme von Hoffmann nicht um Fachhistoriker, sondern um ehemalige Hitler-Offiziere, Philosophie-Professoren und KGB-Agenten handelt, deren unwissenschaftliche Thesen schon durch ihre bloße Erwähnung aufgewertet werden.“ („Wessen Schuld?“, Berlin 1997, S.64)

Vom Gefreiten bis zum General

Wiederum im „Ostpreußenblatt“ findet sich in diesem Zusammenhang die Ablehnung der Rehabilitierung der Wehrmachtsdeserteure und der Opfer der NS-Militärjustiz. Die Wehrmachtsgerichte hätten bei „schweren Verbrechen wie Plünderung, Vergewaltigung und Mord... drakonische Strafen“ verhängt. „Absurderweise“ wollten SPD und Grüne „solche Verbrecher“ jetzt rehabilitieren. Gerade weil „jeder anständige Soldat nichts mit Verbrechen in den eigenen Reihen“ zu tun habe wolle, wende sich der Autor gegen eine Rehabilitierung. Im nebenstehenden Artikel empört sich Konteradmiral a.D. der Bundesmarine Karl Peter, ehemaliger Kommandeur der Marineschule Flensburg-Mürwik: „Was Oberleutnant Kusch gemacht habe, sei keine Widerstandshandlung gewesen, sondern permanente Meckerei. Er könne kein Vorbild für die Bundesmarine sein; oder wünsche sich die Bundeswehr etwa Offiziere, die im Ernstfall im Einsatz politische Diskussionen vom Zaun brächen?“ Der U-Boot-Kommandant Krusch war 1944 wegen Wehrkraftzersetzung hingerichtet worden und soll künftig als positive Tradition für die Bundesmarine dienen.

In Alfred Dreggers Stellungnahme, die umgehend im „Ostpreußenblatt“ (10/97) veröffentlicht wurde, heißt es. „Diese Ausstellung schockiert und verwirrt, sie schmäht und verletzt...“. Vergangenheitsbewältigung steht bei ihm in Anführungsstrichen und wird mit dem Adjektiv „stupide“ belegt. Die meisten der Soldaten der NS-Wehrmacht „können zu Recht bestreiten, daß sie sich an Hitlers Verbrechen beteiligt oder sonstwie Kriegsverbrechen begangen hätten.“ Dem schließt sich in Nr.14/97 der Lothar Groppe, ein früherer Militärfarrer, an. Er erklärt zunächst, Verbrechen „von Soldaten der Wehrmacht“ seien „unbestreitbar“, um sofort darauf zu verweisen, es habe sich um „bedauerliche

Exzesse“ gehandelt, die „unausbleiblich“ waren, „da durch das blutige Kampfgeschehen, nicht zuletzt durch heimtückische Überfälle von Partisanen die Hemmschwelle für Rechtsbrüche in jeder Armee gesenkt wird.“ Mission completed: Schuld an den „Exzessen“ war der Gegner. Über Verfassungsrichter Jutta Limbach, die die Ausstellung in Karlsruhe eröffnete, urteilt Pater Groppe: „Daß sich die oberste Richterin unseres Staates nicht entblödet, einer solchen Pauschalverurteilung Respekt zu zollen, zeugt nicht von richterlicher Unabhängigkeit, sondern ist Ausdruck ideologischer Verbohrtheit.“

„Ideologische Kampagne“

Bisher hatten sich höhere Repräsentanten aus den Vertriebenenverbänden bei den Unterschriftenaktionen im Umfeld der „Jungen Freiheit“ ebenso weitgehend zurückgehalten wie bekanntere Unionspolitiker. Das starke Engagement des „Ostpreußenblatts“ gegen die Wehrmachtsausstellung ließ vermuten, daß sich dies ändern würde. Und tatsächlich ist ein Durchbruch erreicht worden. Neben der Unterschrift des langjährigen CDU-Bundestagsabgeordneten Wilfried Böhm findet sich die von Wilhelm von Gottberg, Vizepräsident des Bundes der Vertriebenen und zugleich Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen. Auch sein Stellvertreter Wolfgang Thüne, zeitweise beim REP-Spaltprodukt „Aufbruch '94“ aktiv, ist vertreten. Aus der gleichen Landsmannschaft stammt Hermann Thomasius, bis 1991 Landesvorsitzender des BdV in Niedersachsen. Funktionär in der Heimatkreisgemeinschaft Mies-Pilsen in der Sudeten-deutschen Landsmannschaft ist der Oberstudienrat Dr. Hans Mirtes. Zu deren einflußreicher völkischen Fraktion, dem „Witikobund“, gehört der Kölner Hans Wahls. Ehemaliger Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen ist Harry Poley, der seine politische Vorliebe bereits 1981 durch seine Teilnahme am Begräbnis von Großadmiral Dönitz in Aumühle zum Ausdruck brachte.

Zwei weitere Argumentationen finden sich in der aktuellen Agitation. Etliche Verbrechen seien gar nicht von Deutschen, sondern von den sowjetischen Gegnern auf Befehl Stalins begangen worden. Außerdem nutzt man die Relativierung durch Aufrechnung. Die „Verbrechen der Alliierten“ müßten in die Ausstellung einbezogen werden. Die schlimmsten Alliierten waren die „Russen“. So klagt Heinz Schewe in der „Märkischen Zeitung“: „Waren die deutschen Frauen schuld am Zweiten

Weltkrieg? Wurden sie deshalb nach 1945 von sowjetischen Soldaten millionenfach vergewaltigt. In einer Stadt haben sich 900 Frauen mit ihren Kindern in einem See ertränkt, weil sie die Qual und die Schande nicht mehr ertragen wollten. Die Russen hatten die Stadt zur Plünderung und Willkür freigegeben, weil bei ihrem Vormarsch angeblich Schüsse aus dem Hinterhalt gefallen waren.“ Der Name der Stadt wird nicht genannt, die Behauptung so der Nachprüfung entzogen. Das Blättchen „BdV aktuell“ (2/97), offizielles Organ des BdV, druckt es trotzdem kommentarlos ab.

Die Wehrmachtsausstellung hat sich als integrierendes Feindbild für die gesamte extreme Rechte erwiesen. Die Empörung über den Angriff auf die „Ehre der deutschen Soldaten“ ist jedoch so groß, daß sich auch Kräfte in die Einheitsfront einreihen, die bisher zwar sympathisiert, sich aber vom offenen Kontakt ferngehalten haben.

Jean Cremet

HINWEIS

Ein Jahr nach Goldhagen

Wiesbaden - Das Buch des jungen Harvard-Wissenschaftlers Daniel J. Goldhagen „Hitlers willige Vollstrecker“ hat in der Bundesrepublik Deutschland erheblichen Wirbel ausgelöst. Kontroverse, teils erbitterte Debatten kennzeichneten über Monate die öffentliche und veröffentlichte Meinung im Lande. Überwog zwar die Kritik an Goldhagen's Thesen, so bleibt doch als Fakt bestehen, daß sein Buch die Diskussion über die elementare Frage, wie es zum Holocaust kommen konnte, erheblich angestoßen hat. Über die von Goldhagen aufgestellten Thesen, die Frage nach den vielen Tätern und ihren Motiven, nach deren gesellschaftlichem und historischen Nährboden, dem Kenntnisstand der internationalen Holocaust-Forschung usw. soll auf einem Seminar am 6./7. Juni in Wiesbaden diskutiert werden. Bei dem zweitägigen Seminar sind neben dem Seminarleiter Rainer Ratmann als Referenten Thomas Sandkühler, Universität Bielefeld sowie Hanno Loewy, Fritz-Bauer-Institut, Frankfurt zugegen. Veranstalter sind die Frankfurter Sozialschule und das Fritz-Bauer-Institut.

Informationen: Frankfurter Sozialschule, Katholisch-soziales Bildungswerk, Wilhelm-Kempff-Haus 1, 65207 Wiesbaden-Naurod, Tel. 06127 / 77290, Fax. - / 77297.

Neonazi-Nachfolge-Organisation?

Ein brauner „Block“

Im süddeutschen Raum ist seit dem vergangenen Jahr mit dem „Freiheitlichen Volksblock“ (FVB) eine neue neonazistische Organisation aktiv. Seinen ersten großen bundesweiten Auftritt hatte der FVB im Rahmen der Münchner Demonstration („Unsere Großväter waren keine Verbrecher“) am 1. März dieses Jahres anlässlich der Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944“ (vgl. BNR 6/97). Zur Teilnahme an dem rechtsextremen Spektakel rief auch Konrad Petraschek, Bundesvorsitzender des rund 50 Mitglieder starken FVB, auf. Er gehörte zu den Unterzeichnern des im Vorfeld der Demonstration in der NPD-Zeitung „Deutsche Stimme“ verbreiteten „Aufruf an den nationalen Widerstand“. Rund 70 vorwiegend jüngere Personen marschierten in den Reihen des „Freiheitlichen Volksblocks“ durch München. Sie führten eine Reihe von schwarzen Fahnen, die in der braunen Szene „als Symbol des volkstreuen Befreiungskampfes“ gelten, mit sich.

Bis zum März war der FVB vornehmlich in Bayern aufgetreten. Im Nürnberger Stadtteil Ziegelhausen sollen im vergangenen Jahr mehrere Aktivisten des FVB versucht haben, einen lokalen Brauchtumsverein („Kärwaboum“) zu unterwandern. Im September letzten Jahres erwiderte der „Freiheitliche Volksblock“ eine Demonstration des „Bündnisses gegen Rechts“ mit einer eigenen Demonstrationsanmeldung. Die Kundgebung des FVB und der „Anti-Antifa-Franken“ wurde jedoch verboten. Später engagierte sich der FVB in einem „Bündnis gegen das KOMM“, eines linken Kommunikationszentrums in Nürnberg. Im Februar dieses Jahres meldete der FVB eine Protestkundgebung in Magdeburg unter dem Motto „Rotfront- und Antifa-Terror verhindern - Gegen linke Gewalt“ an.

Zu den Mitgliedern des „Freiheitlichen Volksblocks“ zählen auch ehemalige Aktivisten verbotener neonazistischer Organisationen. Der Nürnberger Thomas Scharf gehörte der 1992 verbotenen „Nationalistischen Front“ an. Konrad Petraschek (27) aus dem bayerischen Neu-Ulm war zuvor bei der seit Juli 1993 illegalen „Heimattreuen Vereinigung Deutschlands“ (HVD) aktiv. Die in Baden-Württemberg und in Bayern aktive HVD wurde

von den vorbestraften Neonazis Andreas Rossiar (30) und Dirk Plankenhorn (28) sowie von Karin Bächtle geführt. Gegründet wurde die „Heimattreue Vereinigung“ im Dezember 1988 und unterhielt ihren Sitz in Lichtenstein (Kreis Reutlingen). Die HVD war eine Abspaltung der „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei“ (FAP) bzw. der „Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front“ (GdNF), die in Metzingen (Kreis Reutlingen) eine „Kameradschaft“ des „Gau Baden-Württemberg“ unterhielt. Gruppen der HVD bestanden in Reutlingen, Esslingen, Göppingen, Ulm, Nürtingen (Kreis Esslingen), Böblingen, Konstanz, Schwarzwald-Baar-Kreis und „zwei Kreisverbände im Nürnberger Raum“, so die Eigenangaben. Die Schwerpunkte und Aktivitäten des „Freiheitlichen Volksblocks“ überschneiden sich mit den einstigen Stützpunkten der HVD-Gruppen. Aus der bayerischen Hälfte der Grenz- und Doppelstadt Ulm/Neu-Ulm stammt der FVB-Führer Petraschek, wo der FVB auch eine Postfachadresse unterhält. In Göppingen befindet sich, so der aktuelle Verfassungsschutzbericht der Hansestadt Hamburg, der Sitz des FVB. Und im Nürnberger Raum läßt sich bislang der Schwerpunkt der Aktivitäten des braunen „Blocks“ nachweisen, für den auch im „Braunauer Ausguck“ des einstigen FAP-Kaders Karl Polacek (63) geworben wird.

„Volkstreuer Befreiungskampf“

Bei einer Sommersonnwendfeier der HVD im Elsaß, wo es mit der ebenfalls 1993 verbotenen „Heimattreuen Vereinigung Elsaß“ eine Schwesterorganisation gab, im Juni 1992 war neben Michael Hammer (24) (ehemals „Deutsche Reichsjugend“) und Rainer Baber (25), der beim „Rudolf-Heß-Gedenkmarsch“ in Luxemburg 1994 zusammen mit weiteren ehemaligen Mitgliedern der HVD verhaftet worden war, auch der heutige FVB-Führer Petraschek anwesend. Im November 1994 scheiterte die Gründung einer „Stuttgarter Kameradschaft“ (vgl. BNR 24/94), an der auch ehemalige Mitglieder der HVD teilnahmen.

Vor wenigen Wochen sprach das Reutlinger Amtsgericht Konrad Petraschek vom Vorwurf des Verstoßes gegen das Waffengesetz frei. Der FVB-Bundesvorsitzende Petraschek war Ende August 1996 in Lichtenstein (Kreis Reutlingen), dem ehemaligen Sitz des HVD-Hauptquartiers, mit neun weiteren „Kameraden“ aus Bayern von der Polizei kontrolliert worden. Dabei führte der im Radio-

und Fernsehhandel als Selbständiger tätige Petraschek einen 20 Zentimeter langen Teleskop-Schlagstock mit sich, der bei voller Länge jedoch 53 Zentimeter mißt. Da in Baden-Württemberg solch ein Schlagwerkzeug im Unterschied zu anderen Bundesländern nicht strafbar ist, mußte die zuständige Richterin den Angeklagten zu ihrem Bedauern freisprechen.

Sönke Braasch

Volksverhetzer vor Gericht:

„Schandurteil“

Der „latente Antisemitismus“ - so der jüngste Verfassungsschutzbericht von Schleswig-Holstein in seiner Beschreibung über die Publikationen der „Gemeinschaft Ost- und Sudetendeutscher Grundeigentümer und Geschädigter“ (GOG) war jetzt Verhandlungsgegenstand vor dem Amtsgericht Eckernförde. Der 73jährige Horst Ochmann wurde dort wegen zwei Fällen von Volksverhetzung zu einer Geldstrafe von insgesamt 7200 Mark verurteilt. Ochmann ist Herausgeber der periodisch erscheinenden Postille „Anzeiger der Notverwaltung des Deutsche Ostens im Deutschen Reich - Mitteilungsblatt der GOG“. Weiteres Druckwerk der GOG sind die sogenannten „Zirkelbriefe“.

In der Ausgabe Februar 1995 hatte der ehemalige Marineoffizier aus Groß Wittensee bei Eckernförde die Buchrezension eines nicht namentlich benannten Autors abgedruckt, die das in Deutschland verbotene Buch „Verdammter Antisemitismus“ von Harold C. Robinson vorstellte. Eine Textpassage daraus lautet: „Lange Zeit war Deutschland das Zentrum des Weltjudentums. Die Juden erhoben den Anspruch, das Land der Deutschen auch als ihr Land zu besitzen und hier zu bestimmen, was die Deutschen zu tun und zu lassen haben. Genau das führte hier in Deutschland, ebenso wie in anderen Ländern, zur Abneigung, dann zur Abwehr, kurz zum Antisemitismus. So führt Robinson den schlichten Beweis: Von nichts kommt nichts!“ Mit diesen Ausführungen, so der Amtsrichter in seiner Urteilsbegründung, werde die Judenverfolgung und -vernichtung während der Nazizeit verharmlost. Justitiabel wurde auch das Zweifeln am Massenmord der Juden sowie das Infragestellen der Existenz der Vernichtungslager der Nazis, so geschehen im Zirkelbrief 124 (Juni 1995). In einem Nachruf auf die Selbstverbrennung des Münchner GOG-Mitgliedes Reinhold

Elstner (75 Jahre) im April 1995 vor der Münchner Feldherrenhalle beschrieb der Zirkelbrief das „Vermächtnis des Verstorbenen“, der mit seinem Suizid sein Opfer für Deutschland gebracht habe. Die im Zirkelbrief auftauchende Passage dazu „...., daß es in den Konzentrationslagern in den Grenzen des Reiches keine Nachweise gibt für Massentötungen, auch nicht mit Gas. Trotzdem wurden Jahrzehnte weiter in Buchenwald, Dachau, Mauthausen usw. die nie existierenden Vergasungsgebäude gezeigt“ erfüllte nach Ansicht des Amtsrichters eindeutig den Straftatbestand der Volksverhetzung. Neben der Geldstrafe (80 Tagessätze) ordnete das Gericht die Einziehung der Schriften an.

Als Beispiel für das Gedankengut der antisemitischen GOG sei noch die folgende Textpassage erwähnt, die im jüngsten Verfassungsschutzbericht von Schleswig-Holstein abgedruckt ist (GOG-Zirkelbrief Nr. 130/96): „Ein Regierungswechsel ist immer dann zu erwarten, wenn eine andere ‘Mannschaft’ verspricht, noch fügsamer den Willen der Spieler im Hintergrund auszuführen. Die demokratische Konkurrenz wirbt weniger um die Gunst des Volkes, als um die Gunst der geheimen Oberen, die den Ausführenden unter dem fünfzackigen Sterne die Anweisung erteilen, selber aber den sechszackigen führen, vor dem sich Bundespräsident und Bundeskanzler besonders tief zu verbeugen pflegen.“ (Anm. BNR: Der verschlüsselte Sprachgebrauch wird für Juden verwendet).

Horst Ochmann kündigte noch vor den Ewiggestrigen in den Zuschauerreihen des Gerichts an, er werde gegen das Urteil Berufung einlegen. „Schandurteil“ oder „50 Jahre Umerziehung haben eben ihre Wirkung gezeigt“ waren nur einige der Kommentare aus der Zuhörerschaft. Ochmann übernahm 1991 die Schriftleitung beim GOG, die zuvor in den Händen von Annilise Schepke (Kiel) lag - inzwischen verstorben.

Horst Freires

HINWEIS

Frankfurt - Aspekte aus einer Studie zu politischen Orientierungen von jugendlichen Arbeitnehmern zeigt die rund 80 Seiten starke Broschüre „Eine neue rechte Jugend?“ auf. Es handelt sich dabei um einen Sonderdruck für IG-Metall- und SPD-Vorstand aus der Reihe IDEEN (Redaktion: Kurt Faller, Reinhard Hahn, Rainer Zeimentz). Bezug: IG-Metall-Vorstand, Abteilung Jugend, Lyoner Straße 32, 60519 Frankfurt.

Kampf auf verlorenem Posten

Daß die deutsch-tschechische Erklärung bei Vertriebenen und der extremen Rechten nicht auf Zustimmung stoßen würde, zeichnete sich angesichts der heftigen Diskussion im Vorfeld ab. Die Bereitschaft, die Endgültigkeit der Folgen zweier maßgeblich von Deutschland verursachter und von ihm verlorener Kriege zu akzeptieren, unhaltbare Positionen aufzugeben, war nicht zu erwarten. Sie hätte ja auch den Verzicht auf die eigene Existenzberechtigung (und u.U. Kunden) bedeutet. Nachdem auch die bayerische CSU ihre Vorbehalte gegen die Erklärung als erledigt ansah, mußte auch dem letzten Vertriebenenredakteur klar sein, daß man auf verlorenem Posten kämpfte. Umso wütender fallen die Reaktionen nach den Auftritten der Präsidenten beider Staaten vor dem jeweils benachbarten Parlament aus. „Kniefall“ schimpft die „Deutsche Stimme“ unter Berufung auf NPD und Witikobund die Unterzeichnung der Erklärung („Dekret“), die „Sudetendeutsche und nationale Opposition“ herausfordere. Der „Schlesier“ stellte eine Alternative zu der „Verzichtspolitik in gradliniger Weiterführung der verhängnisvollen Brandtschen Ostpolitik“ vor, die zum Anlaß den Wunsch der Polen und Tschechen zur Mitarbeit in EU und NATO hat. Gerd Meier entwickelt einen 7-Punkte-„Forderungskatalog der Heimatvertriebenen und Entrechteten“ (die Auflösung des BHE wird dabei als historischer Fehler beklagt), der den Polen und Tschechen großzügig empfiehlt, die nach dem Krieg erhaltenen Gebiete freiwillig herauszugeben und für sie den Status der Autonomie, des Kondominiums mit Deutschland oder der „Europäisierung“ zu wählen. Dem erstaunten Leser wird mitgeteilt, daß man von der völkerrechtlichen Wirksamkeit des Münchner Abkommens von 1938 weiter ausgeht. Im selben Sinne äußert sich Dr. Frey, der den Bundespräsidenten (in leicht falschem Deutsch) als „Chefankläger der Deutschen“ (gemeint „gegen das ganze deutsche Volk“) beschimpft („Deutsche National-Zeitung“ v.9.5.1997). Verniedlichend heißt es, nach dem Anschluß des Sudetenlandes habe es keine „Vertreibung“ gegeben, „von den 300.000 ... Tschechen sind nur ganz wenige und diese freiwillig wegggegangen“. Deutlicher wird er etwas später, „lediglich die nach 1919 zugezogenen Tschechen ... mußten das Sudetenland wieder verlassen“.

Klaus-Henning Rosen

Demokraten am Pranger

Eine „Arbeitsgemeinschaft für Philosophie, Geschichte und Politik“ (Günzburg/Bayern), namentlich Hans Jaus (Ex-Bundesschatzmeister der „Wiking-Jugend“), zeichnet verantwortlich als Herausgeber des österreichischen Machwerkes „Das Antifa-Handbuch“. Gesamtherstellung und Druck lag ebenfalls bei der Arbeitsgemeinschaft. In dem Machwerk werden u.a. Personen und Organisationen der demokratischen Öffentlichkeit inquisitorisch an den Pranger gestellt. Ein weiterer Schwerpunkt ist das Kapitel „Die antifaschistische Justiz am Beispiel Herbert Schweiger“, dem Doyen des steirischen Rechtsextremismus. Bestellungen sind an den „Verlag Neue Ordnung“ (Heidenheim; Peter Gmaehle, einer der „Führer vom Dienst“ bei der 19. Gästewoche des „Freundeskreises Ulrich von Hutten“ in Altenberg) zu richten. Bei dem „Verlag Neue Ordnung“ kann auch ein Videofilm mit Herbert Schweiger (einst Freiwilliger der Waffen-SS und Gründungsmitglied des Verbandes der Unabhängigen (FPÖ-Vorläufer) bestellt werden. Dieser spricht über sein in Österreich verbotenes Buch „Evolution und Wissen. Neuordnung der Politik“, dessen Auslieferung auch über die „Arbeitsgemeinschaft für Philosophie, Geschichte und Politik“ lief. Die Staatsanwaltschaft Leoben sieht in dem Buch eine „Adaptierung des NSDAP-Parteiprogramms auf heutige Verhältnisse“ gegeben.

Als Drahtzieher des „Antifa-Handbuches“ und Initiator des Videofilmes gilt der österreichische Rechtsextremist Robert Dürr (geb. 1956; wohnhaft in Nickelsdorf), ehemals FPÖ-Funktionär sowie Schriftleitungsmitglied der antisemitischen Zeitschrift „Sieg“ und jetziger Landesobmann der burgenländischen „Notwehrgemeinschaft der Bauern“, der unlängst ein „Solidaritätskomitee Herbert Schweiger“ ins Leben gerufen hat. Dürr führt auch eine „Partei Neue Ordnung“ (PNO). In derem Organ, den PNO-Nachrichten, wird sowohl für das „Antifa-Handbuch“ als auch den Schweiger-Videofilm geworben. Seine Einstellung gegenüber Andersdenkenden verdeutlichte Dürr, Interviewpartner der „Jungen Freiheit“, in einem in den österreichischen „Oberwarter Nachrichten“ (40/1994) veröffentlichten Leserbrief: „Alle Antifaschisten, ob klein oder groß, werden nach Verwirklichung der Volksherrschaft (Demokratie) ihrer jeweiligen Schuld gemäß zur Verantwortung gezogen werden.“.

A.M.

Rechtsextremismus in den Ländern:

Bericht aus der Hauptstadt

Der Bericht des Landesamts für Verfassungsschutz Berlin - analog der in der Reihe „Durchblicke“ erschienenen Broschüre „Rechtsextremistische Bestrebungen in Berlin“ (vgl. BNR 7/97) - weist für 1996 einen leichten Rückgang der in der Bundeshauptstadt begangenen rechtsextremistisch motivierten Straftaten auf 426 (1995:450) auf; um 25 Prozent geringer lag die Zahl der aus antisemitischer Motivation begangenen Taten (84:112). Angestiegen um ein Drittel sind allerdings die Gewalttätigkeiten auf 33 (1995:23) amtlich erfaßte Vorfälle, hiervon wurden 29 (16) aus fremdenfeindlicher Motivation begangen.

Gleich geblieben ist in etwa das Potential der als rechtsextremistisch eingestuften Skinheads mit 530 Personen, 113 davon begingen im vergangenen Jahr Straftaten aus rechtsextremistischer Motivation. In der Neonazi-Szene, die amtlich mit 280 Personen beziffert wird, zeigt sich weiter der Trend hin zu sogenannten autonomen „Kameradschaften“, wovon in Berlin etwa 10 Organisationen mit rund 120 Anhängern registriert sind. Die neonazistischen Organisationen „Die Nationalen“, aktiv schwerpunktmäßig in Brandenburg, sowie die NPD-Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten“ nutzen hier nach Angaben des Landesamtes die „Kameradschaften“ als „manipulierbares Potential für Aktionen“ ebenso wie als „Rekrutierungsfeld“ für sich selbst. Der Mitgliederstand in rechtsextremistischen Gruppierungen in Berlin wird in dem Bericht mit 2.305 Personen (1995:2.425) beziffert, darunter 800 „Republikaner“ wie im Vorjahr. Federn lassen mußte die DVU (540:700; im Landesverband Berlin-Brandenburg, für Berlin 500 Mitglieder), während der Mitgliederstand der NPD unverändert 80 umfaßt (gemeinsam mit Brandenburg, dort 20). Leichter Aufwärtstrend läßt sich verzeichnen bei den JN (20:10) Für die „Deutsche Liga für Volk und Heimat“ wird ein Mitgliederstand von 65 Personen (Vorjahr:60) angegeben, davon sind allerdings nur fünf für Berlin (die restlichen 60 für Brandenburg) ausgewiesen. Ansätze zu einer parteiübergreifenden Zusammenarbeit ließen sich in der „Initiative Pro Deutschland“ erkennen. Des weiteren würden Einigungsbestrebungen durch Vereine mit Multiplikatoreffekt wie der „Berliner Kulturgemeinschaft Preußen“ und dem „Hoffmann-von-Fallersleben-Bildungswerk“ gefördert.

Negativschlagzeilen für Brandenburg

Das unmittelbar an Berlin angrenzende Brandenburg machte vergangenes Jahr unrühmliche Schlagzeilen durch brutale Gewalttaten von rechtsextremistischer Seite. Im jüngsten Bericht des Bundesamts für Verfassungsschutz liegt Brandenburg mit einem Wert von 3,35 Gewalttätigkeiten je 100.000 Einwohner (Durchschnitt: neue Länder 2,4; alte Länder 0,9) an trauriger Spitze. Das brandenburgische Innenministerium konstatiert für 1996 - entgegen dem Bundestrend - einen Anstieg bei den rechtsextremistisch motivierten Straftaten insgesamt auf 517 (Vorjahr:444) Vorfälle, darunter ein Todesopfer, zwei Fälle der versuchten Tötung, 58 (Vorjahr:47) Körperverletzungen und zwei Brandstiftungen. Nach Ansicht des Innenministeriums muß hier noch mehr als der zahlenmäßige Anstieg „die ungeheure Brutalität beunruhigen, mit der verschiedene dieser Delikte begangen wurden“. Erst vor wenigen Wochen verurteilte das Landgericht Potsdam den 22jährigen Jan Weicht wegen versuchten Mordes zu 15 Jahren Gefängnis und den 20jährigen Tatbeteiligten Francesco Heym zu acht Jahren Jugendstrafe. Sie hatten am 30. September einen 55jährigen italienischen Staatsbürger mit einem Baseballschläger lebensgefährlich verletzt.

Das militante rechtsextremistische Potential ist in Brandenburg im vergangenen Jahr um zehn Prozent auf 550 Personen angestiegen. Im neonazistischen Spektrum ist insbesondere die Organisation „Die Nationalen e.V.“ aktiv, die in Brandenburg über 110 (bundesweit 150) Mitglieder verfügen. Neben festen Mitgliedern sind den „Nationalen“ noch zahlreiche Anhänger zuzurechnen, die meist in sog. unabhängigen „Kameradschaften“ der Organisation lose verbunden sind. Nach Einschätzung des Landesamtes konzentrieren sich die „Nationalen“ fast ausschließlich auf Jugendarbeit. Die Jugendorganisation „Junges Nationales Spektrum“ wurde im Dezember 1996 in „Jungnationale“ umbenannt.

Bei den rechtsextremistischen Parteien befinden sich die „Republikaner“ weiterhin im Abwärtstrend (350:500 Mitglieder), die DVU, die NPD und deren Jugendorganisation JN sowie die „Deutsche Liga für Volk und Heimat“ sind jeweils in gemeinsamen Landesverbänden Berlin-Brandenburg zusammengefaßt.

G.N.

Rassismus oder Heterophobie?

Zwölf Thesen zu einem strittigen Begriff

Der Begriff Rassismus wird meist als Synonym für andere ablehnende Einstellungen und Verhaltensweisen gebraucht. Nachstehend wird aufgezeigt, wie sich Rassismus im engeren Sinne biologisch definiert. Die Ursprünge des modernen Rassismus reichen bis in die Zeit der Aufklärung zurück.

1. Der Begriff „Rassismus“ wird im politischen Diskurs der Bundesrepublik Deutschland häufig unreflektiert synonym für Antisemitismus, Ausländerfeindlichkeit, Fremdenfeindlichkeit oder Nationalismus verwendet. Damit schwindet im Bewußtsein zunehmend sein eigentlicher Bedeutungsgehalt, ebenso wie die nötige Trennschärfe gegenüber ähnlichen Phänomenen. Resultat dieser Entwicklung ist eine Begriffsverwirrung, die den „Rassismus“-Begriff zu einem Schlagwort gemacht hat. Es bedarf daher einer inhaltlichen und trennscharfen Definition von Rassismus, die diesen auf bestimmte Begründungsformen der Diskriminierung einengt. Albert Memmi definierte diesbezüglich wie folgt:

2. „Der Begriff Rassismus paßt genau für die biologische Bedeutung, und ich schlage vor, ihn zukünftig ausschließlich für den Rassismus im biologischen Wortsinne zu gebrauchen. Demnach wäre nur der ein Rassist, der biologischen Unterschieden zwischen Menschen den höchsten Rang einräumt. ... Viele Menschen mit Einstellungen und Verhaltensweisen der Ablehnung anderer bestehen gleichwohl darauf, daß sie dies nicht im Namen einer biologischen Theorie oder Weltanschauung tun. Es wäre ungerecht, darauf keine Rücksicht zu nehmen, auch wenn sich bei ihnen unter Umständen ein latenter Rassismus nachweisen ließe. Zur Kennzeichnung der Einstellungen und Verhaltensweisen dieser Gruppe eignet sich ... recht gut der Begriff Heterophobie. Damit ließen sich jene ... Konstellationen begrifflich fassen, die gegen andere gerichtet sind und mit unterschiedlichen ... Argumenten gerechtfertigt werden, und von denen der Rassismus im engeren Sinne lediglich eine Variante wäre“ (Memmi 1987, 121f.)

3. Damit wird eine klare inhaltliche Definition vorgenommen: Die ideologische Legitimation von Diskriminierung leitet sich ab aus biologischen

Unterschieden, die mit dem noch näher zu behandelnden „Rasse“-Begriff begründet werden. Andererseits ist damit eine Abgrenzung von ähnlichen Phänomenen inhaltlich möglich: Andere Formen der Diskriminierung, seien diese kulturell, psychologisch oder sozial motiviert, können zusammen mit dem Rassismus unter dem Sammelbegriff „Heterophobie“ gefaßt werden.

4. Die biologische Bestimmung und Eingrenzung des Rassismus-Verständnisses bedeutet keine moralische Entschuldigung oder Verharmlosung anderer Diskriminierungsformen. Auch der Vorwurf, mit der Vermeidung des Begriffs würden Kontinuitätslinien zum NS-Staat ignoriert, trägt nicht. Denn die Annahme, das eine hätte unmittelbar etwas mit dem anderen zu tun, gilt es erst einmal zu belegen. Selbst für ein Phänomen wie den Antisemitismus kann eine solche Identität nicht behauptet werden, war dieser doch in der NS-Zeit primär biologistisch-rassistisch motiviert. Auch Fremdenfeindlichkeit in Deutschland ist heute selbst bei Straftätern nur bei einer kleinen Minderheit im Sinne von rassistisch begründeter Minderwertigkeit motiviert.

„Der Rassist erschafft die Rasse“

5. Hinzu kommt, daß die besonderen Formen und Konsequenzen der Diskriminierung durch Rassismus im Unterschied zu anderen Diskriminierungsvarianten unberücksichtigt bleiben. Der Rassismus geht davon aus, daß ein Individuum durch Geburt einer bestimmten ethnischen Gruppe zugehört und sich damit dessen unterschiedliche Wertigkeit verbindet. Da dies natürlich bestimmt und damit auch nicht korrigierbar ist, besteht für das Individuum keine Chance, den Folgen einer bestimmten rassistisch bedingten wertenden Einstufung auszuweichen.

6. Für das Verständnis von Rassismus bedarf es noch einer kurzen Anmerkung zu dessen begrifflichem Bezugsfaktor: der „Rasse“. Zwar gibt es Menschen mit brauner, schwarzer oder weißer Hautfarbe, die jeweiligen Gruppen bilden aber keine biologische Einheit im engeren Sinne. Es gelang denn auch nicht Menschengruppen durch einheitliche Merkmale voneinander abzugrenzen. (Selbst die Nationalsozialisten sahen sich genötigt, die Bestimmung der Zugehörigkeit zum Judentum von der Religion und nicht von der Rasse abzuleiten.) Von daher war und ist die Definition einer ethni-

schen Gruppe als Rasse entgegen des formalen Anscheins nicht naturwissenschaftlich abgesichert (vgl. Cavalli-Sforza 1994), sondern immer ein Akt der, so Robert Miles, „Rassenkonstruktion“ (Miles 1991, 100) und damit Ausdruck von Willkür. Anders formuliert läßt sich mit Leon Poliakov sagen, „daß in Wirklichkeit der Rassist die Rasse erschafft“ (Poliakov 1992, 29).

Phänomen der „Dialektik der Aufklärung“

7. Gleichwohl erhoben die frühen Apologeten des Rasse-Gedankens und des Rassismus im 18., 19. und 20. Jahrhundert den Anspruch eine (natur-) wissenschaftlich begründete Auffassung zu vertreten. „Der Systematisierung der neuen Ideen über ‘Rasse’“, so Imanuel Geiss, „diente die neue Wissenschaft der Anthropologie, die auf Jahrzehnte kaum viel mehr als wissenschaftlich verschleierte Rassismus war“ (Geiss 1988, 167). Hinzu kommt, daß sich maßgebliche Vertreter der Aufklärung nicht nur positiv auf den Rasse-Gedanken bezogen, sondern damit auch noch eine Abwertung der Nicht-Weißen verbanden. Während sie einerseits Freiheit, Gleichheit und Menschenrechte forderten, vertraten sie andererseits die Auffassung von der Minderwertigkeit von Schwarzen. Auch hierbei handelt es sich mit um ein Phänomen der „Dialektik der Aufklärung“ (Horkheimer/Adorno 1969), das seine Erklärung findet in einem rein instrumentellen Verständnis von Rationalismus und der damit einhergehenden Negierung von humanitären Wertvorstellungen.

8. „Das Europa des 18. Jhs. war die Wiege des modernen Rassismus“, so George L. Mosse. „Dies war die Ära der Aufklärung, in der eine intellektuelle Elite es unternahm, anstelle des ‘altherwürdigen Aberglaubens’ den Wert der dem Menschen eingeborenen Vernunft und Tugend herauszustellen.“ Absicht war es dabei, den Standort des Menschen in der Natur zu klassifizieren. „Was auch immer die naturwissenschaftlichen Messungen oder Vergleiche ergaben - der Wert des Menschen wurde letztlich von der Ähnlichkeit mit der klassischen Schönheit und den klassischen Proportionen bestimmt. Dieses ständige Überwechseln von der Wissenschaft zur Ästhetik ist einer der Haupteigenschaften des modernen Rassismus. (Mosse 1990, S. 28f.).

9. Von daher übernahmen auch einige von deren Anhängern rassistisches Gedankengut, wie etwa Diderot, Hegel, Kant, Rousseau oder Voltaire. Aber

auch bei Marx und Engels sowie einer Reihe anderer sozialistischer Theoretiker lassen sich derartige Auffassungen nachweisen. Dies dürfte u.a. durch ein eurozentristisches Fortschrittsverständnis bedingt gewesen sein, d. h. man wähnte sich mit dem rationalen Denken in der europäischen Zivilisation auf dem Höhepunkt der Evolution und des Fortschritts stehend. Als Spiegelbild dieser Einstellung mußte man die außereuropäischen Kulturen als unzivilisiert und wild abwerten, womit eine den Rassismus kennzeichnende Hierarchisierung unterschiedlicher ethnischer Gruppen automatisch verbunden war. Insofern äußerten die genannten Denker auch kaum Kritik am Kolonialismus, betrachtete man diesen doch primär als Bestandteil eines Fortschritts- und Zivilisierungsprozesses.

Europäische Zivilisation als Maßstab

10. Seine öffentliche Anerkennung als Wissenschaft erfuhr der Rassismus allerdings erst seit Mitte des 19. Jahrhunderts als Arthur Comte de Gobineau seinen einflußreichen „Essay sur l'inégalité des races humaines“ (1853/55) veröffentlichte. Darin nahm er eine Klassifizierung in eine gelbe, schwarze und weiße Rasse vor, behauptete die besondere Wertigkeit von letzterer und verdammt die Rassenvermischung als Verfallerscheinung. Eine noch bedeutsamere wissenschaftliche Aufwertung erhielt der Rassismus durch die Evolutionslehre von Charles Darwin in „The Origins of Species by Natural Selection“ (1859), worin es um den Kampf ums Dasein und die natürliche Zuchtwahl im Tierreich ging. Durch die Übertragung seiner Lehren auf die Gesellschaft entstand der Sozialdarwinismus als wichtige Grundströmung in Europa und Nordamerika.

11. Daraus entwickelten sich weitere einflußreiche rassistische Ansätze, wofür exemplarisch Houston Stewart Chamberlain mit seinem weithin beachteten Werk „Die Grundlagen des 19. Jahrhunderts“ (1899) gehörte. Darüber hinaus entstand durch das Aufkommen einer internationalen Bewegung für Eugenik und Rassenhygiene so etwas wie eine „Internationale der Rassisten“ (vgl. Kühl 1997). Diese Aspekte der Entwicklungsgeschichte des Rassismus veranschaulichen, daß es sich hier um kein deutsches, sondern ein internationales Phänomen handelte. Allerdings gelang es nur in Deutschland zur Zeit des Nationalsozialismus, den Rassismus staatlich zu institutionalisieren, womit nicht nur die Aberkennung von Rechten für eine ange-

liche Rasse, sondern auch deren massenhafte Vernichtung verbunden war.

12. Diskreditiert nun der aufgezeigte Zusammenhang mit dem Rassismus pauschal die Aufklärung? Diese Frage muß verneint werden, sieht man in der Aufklärung mehr als nur die Anwendung rationaler Methoden. In damit verbundenen Kategorisierungen und Typologisierungen einerseits und der eurozentrischen Prägung des Fortschrittsverständnisses andererseits sind die Motive für die Akzeptanz rassistischen Gedankenguts bei Vertretern der Aufklärung zu sehen. Hier offenbart sich aber auch ein nur unvollständiges, primär funktionalistisch und instrumentell ausgerichtetes Verständnis von Rationalität, werden dabei doch die mit der Aufklärung verbundenen normativen Aspekte wie etwa die Akzeptanz der Menschenrechte in ihrer universellen Gültigkeit objektiv negiert.

Armin Pahl-Traugber

LITERATUR:

- Cavalli-Sforza, Luca und Francesco 1994, Verschieden und doch gleich. Ein Genetiker entzieht dem Rassismus die Grundlage, München.
Geiss, Imanuel 1988, Geschichte des Rassismus, Frankfurt/M.
Horkheimer, Max/Adorno, Theodor W. 1969, Dialektik der Aufklärung, Frankfurt/M.
Kühl, Stefan 1997, Die Internationale der Rassisten. Aufstieg und Niedergang der internationalen Bewegung der Eugenik und Rassenhygiene im 20. Jahrhundert, Frankfurt/M.
Memmi, Albert 1992, Rassismus, Hamburg.
Miles, Robert 1991, Rassismus. Einführung in die Geschichte und Theorie eines Begriffs, Hamburg.
Mosse, George L. 1990, Die Geschichte des Rassismus in Europa, Frankfurt/M.
Poliakov, Leon u.a. 1992, Rassismus - Über Fremdenfeindlichkeit und Rassenwahn, Hamburg.

Antisemitische Straftaten 1996

(nach Ländern)

Länder	Antisemitische Straftaten	Antisemitische Straftaten	Antisemitische Straftaten	Antisemitische Straftaten
Baden-Wu	10,3	12,8	74	8,7
Bayern	12,0	14,8	89	10,5
Berlin	3,5	4,3	84	11,1
Brandenburg	2,5	3,0	35	4,1
Bremen	0,7	0,8	33	3,9
Hamburg	1,7	2,1	25	3,0
Hessen	6,0	7,3	86	11,2
Mecklenb-V	1,8	2,2	38	4,8
Nieders	5,0	6,8	78	9,2
Nordrhein-W	17,9	21,8	118	13,7
Rheinl-Pfalz	4,0	4,9	29	3,4
Saarland	1,1	1,3	9	1,1
Sachsen	4,6	5,6	39	4,8
Sachsen-An	2,7	3,3	31	3,7
Schlesw-H	2,7	3,3	27	3,2
Thüringen	2,5	3,0	33	3,8
Gesamt	82,0	100,0	646	100,0

© BNR/Rosen

Hinweis für unsere Leser/innen:

Die nach Ländern gegliederte Statistik antisemitischer Straftaten (vgl. BNR Nr.8/1997) ist angesichts der Nachmeldungen an Hand der Angaben im Verfassungsschutzbericht des Bundes und der ergänzenden Informationen des Bundesamtes für Verfassungsschutz, für

die wir uns bedanken, neu gerechnet worden. Zugleich haben wir die (nicht allgemein gebräuchlichen) Länderkürzel durch die Landesbezeichnungen ersetzt (die beispielsweise zwischen Berlin und Brandenburg zu Verwechslungen bei der Zuordnung der Straftaten geführt hatte).

BÜCHERSCHAU

Überleben in der Wüstensteppe

Mitten in der Wüstensteppe Kasachstans, in der Nähe der Gebietshauptstadt Karaganda, befand sich von 1942 bis 1946/47 das sowjetische Internierungslager Kok-Uzek. Drei Viertel der Insassen waren deutsche und österreichische Juden, die vor Hitler in die Baltischen Staaten geflüchtet waren und nach der Besetzung durch die Rote Armee im Juni 1941 wegen ihrer Pässe als Kriegsgefangene behandelt und deponiert wurden.

Zunächst nach Nowosibirsk, im Jahr darauf nach Kasachstan, zuerst in ein Straflager, das organisatorisch an das benachbarte Lager mit deutschen Kriegsgefangenen angebunden war. Ein Überlebender erinnert sich: „Da die Häftlinge Deutsche waren und wußten, daß wir Juden waren, bekamen wir von der Krautsuppe wirklich nur das Wasser... Ein Drittel der Lagerinsassen starben.“

Das von der NKWD geleitete spätere Arbeitslager Kok-Uzek wurde weitgehend von den Insassen aufgebaut. Trotz äußerst schwieriger Lagerbedingungen entstand allmählich ein religiöses und soziales Leben; die Inhaftierten „wurden auch von den russischen Wachtruppen menschlich behandelt. Es gab keine

Schläge ihrerseits oder sonstige Erniedrigungen.“

Sogar eine Schule entstand, in der die Kinder der Internierten unterrichtet wurden. Das Unterrichtsmaterial hat sich erhalten: zwanzig Brettchen aus Tannenholz, die in naiver und einprägsamer Art bemalt, Tiere und Pflanzen, Alltagsgegenstände und anderes zeigen, durchaus vergleichbar den Materialien, mit deren Hilfe der Pfarrer Johann-Friedrich Oberlin im 18. Jahrhundert den Kindern seines abgelegenen Vogesentales die Welt nahezu bringen suchte. Bella Adler, die Frau des langjährigen Basler Rabbiners, die den Unterricht im Lager initiiert und geleitet hat und sich auch sonst mutig und tatkräftig der Lagerinsassen annahm, schenkte sie im Jahre 1979 dem Jüdischen Museum der Schweiz in Basel. Und das nahm sein dreißigjähriges Bestehen zum Anlaß, in einer schön gestalteten Broschüre die Sammlung vorzustellen und, gestützt auf die Aussagen Überlebender und auf schriftliche Quellen, die abenteuerliche Geschichte dieses Lagers und sein vergleichsweise glückliches Ende nachzuzeichnen.

Nathalie Gollav: Wenn wir in Freiheit kommen... Das Leben und Überleben jüdischer Kriegsgefangener in einem sowjetischen Internierungslager in der Wüstensteppe Kasachstans in der Zeit von 1942-1946/47; herausgegeben vom Jüdischen Museum der Schweiz in Basel, 56 Seiten.

Theo Meier-Ewert

ZEITSCHRIFTENSCHAU

Rechtsextremistische Periodika in 1997

„Nation+Europa“(NE)-47.Jg.,Nr.5/97:

Im Zauberwort „Sozialamt“, das auch den Titel zielt, sieht NE-Redakteur Karl Richter das Versprechen, mit dem Ausländer nach Deutschland gelockt werden. Aufhänger ist eine Anzeige einer russischen Transportfirma, die sich anbietet, Dokumente aufzubereiten, „um vom Sozialamt Zahlungen zu erhalten“. Hieran schließt sich unverhohlen antisemitische Polemik gegen die Zuwanderung russischer Juden an. Erneut wird das Thema Arbeitslosigkeit und Sozialabbau breit aufgegriffen („die Bonner Koalition fällt hinter Bismarck zurück“, „zwischen Biedenkopf und Bismarck liegen Welten“). Der Liberalismus wird als

(gescheiterte) ruinöse Ideologie ausgemacht, wie sich an der Konzentration in der deutschen Wirtschaft zeige. Als Versuch der „kontinentale(n) Aufteilung der Welt“ werden „US-Globalisierung und das Maastricht-Europa“ definiert, für die die Bundesregierung „die historisch gewachsene Solidargemeinschaft des deutschen Volkes“ zerschlage; gegen diese gegen die Bürger des Kulturkontinents Europa gerichtete Aktion, so wohl die Hoffnung, „regt sich bereits beträchtlicher Widerstand“. Franz Schönhuber ruft nach der geeinten nationalen Rechten und rechtfertigt sein Schreiben für N+E (neben „Europa Vorn“) als „Speerspitze eines historisch notwendigen Revisionismus“. Zugleich rechtfertigt er seinen gescheiterten Versuch des Dialogs mit Dr. Frey („patriotische Geldwaschanlage“, „bleibt auf seinem Geldsack sitzen“.) Euphorische Eloge ein weiteres Mal auf den FN-Parteitag und Le Pen.

Tagebuch

Inland

Bad Rothenfelde - Bis Juli 1996 hat sich im Thulenz der Pseudonymus „Wulfbauer“ (weitere Namen: Voeluspa, Carlos, Tornja, Captain Hagbard) herumgetrieben. Die Identität des Netz-Aktivistens steht nun fest. Es handelt sich um den 21jährigen Dietwald Claus, der aus Bad Rothenfelde bei Osnabrück kommt und dort Mitglied der REPublikaner gewesen sein soll. Ende 1996 zog er von dort ins kanadische Ontario um und tummelt sich nun im Internet.

Frankfurt/Oder - Jörg Hähnel, Bundesvorstandsmitglied der „Jungen Nationaldemokraten“ (JN) und Schreiberling für die „Nachrichten“ des „Studentenbundes Schlesien“, hat seine erste CD mit dem Titel „Lieder in klangloser Zeit“ herausgegeben. Produziert wurde die CD, die 14 Lieder umfaßt, von der JN. Die CD setzt, so das „Nationale Infotelefon Rheinland“ als „Erstlingswerk textlich wie musikalisch neue Maßstäbe.“ So verstehe es Hähnel in seinen Liedern „hervorragend zu den großen Themenkomplexen deutscher Geschichte und Gegenwart eindeutig Stellung zu beziehen. Egal ob er wie in den Liedern >Umgestürzter Grenzstein< und >Sehnsucht< die deutschen Ostgebiete besingt, oder in >Wir haben ein Grab gegraben< zum Kampf deutscher Soldaten erzählt. Stets bezieht er eindeutig Stellung zu Volk und Nation“. Zu bestellen ist die CD bei der JN-Bundesgeschäftsstelle im nordrhein-westfälischen Bochum.

Grevesmühlen (MeckPom) - Neben den rechts-extremen Liederbarden Frank Rennie und Jörg Hähnel wird in der jüngsten Zeit auch Daniel Eggers (1975 in Grevesmühlen geboren), der „zuvor aktiv in der Skinheadszene verwurzelt“ („Moderne Zeiten“) war, zunehmend musikalisch aktiv. Musikalische Vorbilder von Eggers, der bei der diesjährigen Jahreshauptversammlung der „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V.“ (HNG) am 8. März aufspielte, sind u.a. der tödlich verunglückte Engländer Ian Stuart von der Skin-Band Skrewdriver und Pfadfinderverbände, die Soldatenlieder singen. Dies gab Eggers in einem Interview mit der Neonazi-Postille „Hamburger Sturm“ bekannt. Aufgenommen wurden Eggers bisherige CDs (Schwert und Schild / Odins Land / Was uns-

re Väter einst schufen) bei Funny Sounds. Geschäftsführender Gesellschafter der GmbH ist Torsten Lemmer, der in Neonazi-Kreisen aufgrund seiner „Geschäftemacherei“ heftig umstritten ist. Eggers über Lemmer im Interview mit dem „Hamburger Sturm“: „Heute muß ich erkennen, daß Torsten Lemmer vielen Leuten sehr gemein entgegentritt und manche Vertragsteile ... etwas später oder sogar gar nicht beachtet werden.“

Hamburg - Der Widerstand gegen den Transport von Automüll und dessen Endlagerung im niedersächsischen Wendland wird auch von Neonazis des „Nationalen und Sozialen Aktionsbündnisses Norddeutschland“ (Postfachadresse in Henstedt-Ulzburg) begrüßt: „Für uns als Volkssozialisten sollte es deshalb eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein, uns auch bei diesem wichtigen Problem als Speerspitze des Widerstandes gegen die Systemwillkür vorne anzustellen!“ - so nachzulesen in Heft 14 (4. Jahrgang) des „Hamburger Sturms“. Gestaltet wird der „Hamburger Sturm“ (zuvor: „Bramfelder Sturm“) von ehemaligen Angehörigen der verbotenen „Nationalen Liste“ (>NL<; Vorsitz: Thomas Wulff; Stellvertreter: Christian Worch). Das Blatt erscheint in einer Auflage von mehreren hundert Exemplaren (Hamburger Verfassungsschutzbericht 1996). Verantwortlich zeichnet ein Tobias Thiessen.

Hamburg - Der Hamburger Landesverband der HIAG besucht auch 1997 wieder ehemalige Waffen-SS-Kameraden in Lettland. Gestartet wird am 20. Juli von den Flughäfen Hamburg, Frankfurt, München, Düsseldorf, Stuttgart und Saarbrücken in die lettische Hauptstadt Riga. Organisiert wird die Reihe vom Hamburger HIAG-Landesvorsitzenden Franz Schmitz.

Hamburg - Die rassistische „Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung e.V.“ (GfbAEV) hat sich, wie erst jetzt bekannt wurde, Anfang des Jahres aus dem Vereinsregister löschen lassen. Sie war registriert mit Vereinssitz in Ellerau (Kreis Pinneberg). Führende Kraft war der einschlägig bekannte Rechtsanwalt Jürgen Rieger aus Hamburg. Die GfbAEV wurde 1962 zunächst als „Deutsche Gesellschaft für Erbgesundheitspflege“ gegründet und 1972 umbenannt. Ihre Wirkungsstätte hat die Gesellschaft jetzt mit Moholm/Schweden angegeben. In Schweden besitzt Jürgen Rieger seit 1995 ein Anwesen (Gutshof Sveneby).

Hamburg/Berlin - Das „Deutsche Rechtsbüro“ (vgl. BNR 8/97) hat eine neue Broschüre über „Landfriedensbruch und ähnliche Straftaten“ herausgegeben, in der die rechtsextremistischen Aktivisten über die Rechtslage zum Demonstrationsrecht usw. aufgeklärt werden sollen. Behandelt werden Themen wie Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte, Landfriedensbruch, Sitzstreik und Blockade, Wildes Plakatieren und Parolen-sprühen, Waffenverbot, Schutzwaffenverbot, Vermummungsverbot und Uniformverbot bei Versammlungen. Die Broschüre ist erhältlich bei den Postfachadressen des „Deutschen Rechtsbüros“ in Hamburg und in Berlin.

Mohrkirchen (Schleswig-Holstein) - Der am 13. Februar d.J. verstorbene Altnazi und Holocaustleugner Thies Christophersen versteckte sich an seinem Lebensende tatsächlich über einen längeren Zeitraum in Spanien; ebenso wie die Holocaustleugner Germar Rudolf (verheirateter Scheerer) und Gerd Honsik. Dies offenbart dessen Ehefrau Edith (Mohrkirch/Schleswig-Holstein) in einem Leserbrief an die „Nachrichten“ der „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V.“ (HNG). Ebenso scheint die tatsächliche Funktion von Christophersen während der NS-Diktatur geklärt. Die Neonazi-Größe Christian Worch bezeichnet Christophersen in einem Nachruf im „Hamburger Sturm“ als Mitglied der Waffen-SS, der in Auschwitz/Birkenau-Raisko im Range eines SS-Sonderführers tätig war. Gegen diese Bezeichnung hatte sich Christophersen gegenüber demokratischen Medien immer wieder juristisch zur Wehr gesetzt.

München - Begleitend zur Berichterstattung über die Wehrmachtsausstellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung gibt die Illustrierte FOCUS auch Rechtsextremisten die Möglichkeit, sich per Leserbrief in der Öffentlichkeit Gehör zu verschaffen. So wurden im FOCUS (18/97) u.a. die Leserbriefe von Arnulf Neumaier (Autor im Holocaustleugnenden Machwerk „Grundlagen zur Zeitgeschichte“ von Germar Rudolf; Leserbriefschreiber in der „Bauernschaft“ und in „Nation+Europa“) und Alois Mitterer (Autor in der Zeitschrift „Staatsbriefe“, Verfasser eines Argumentationspapiers des „Friedenskomitees 2000“ von Alfred Mechttersheimer) veröffentlicht.

München - In geldliches Engagement ummünzen will der Münchner Verleger Dr. Gerhard Frey den von seinen Gazetten seit langem geschürten „Pro-

test gegen die Anti-Wehrmacht-Hetze“. Wer den „Verunglimpfungen des deutschen Soldaten durch Reemtsma und Konsorten“ entgegentreten will, soll einem der Vereine des Dr. Frey beitreten, beispielsweise dem „Ehrenbund Rudel“, der überparteilichen Vereinigung DVU e.V. oder gar der Partei „Deutsche Volksunion“. Aus ebensolchen Gründen empfiehlt der DSZ-Verlag ein Abonnement von „Deutscher National-Zeitung“ oder „Deutscher Wochen-Zeitung“.

München/Berlin - Der rechtslastige „Bund Freier Bürger“ will zu den im nächsten Jahr stattfindenden Bundestagswahlen antreten. Nach Mitteilung des Vorsitzenden Manfred Brunner, habe dies eine Delegiertenversammlung in Berlin kürzlich mit überwiegender Mehrheit beschlossen.

Laut einer Meldung in der „Jungen Freiheit“ hat BFB-Chef Brunner ebenfalls angekündigt, daß die Partei für die bayerischen Landtagswahlen im Herbst nächsten Jahres in allen sieben bayerischen Regierungsbezirken Kandidaten aufstellen würde. Bei den Landtagswahlen in Bayern 1994 erzielte die Brunner-Partei, die allerdings nur in Oberbayern und Schwaben angetreten war, ein Ergebnis von 0,4 Prozent.

In Bayern hat sich unlängst ein Landesverband der Nachwuchsorganisation „Junge Freiheitliche“ konstituiert. Zum Vorsitzenden wurde Martin Bandulet aus Bad Kissingen gewählt.

Nürnberg - Am 12./13. Juli findet das diesjährige „Deutschlandtreffen“ der „Schlesier“ im Messezentrum Nürnberg statt. Geworben wird dafür u.a. in der Monatszeitschrift „Nation+Europa“.

Passau/München - Die Stadt Passau wird der rechtsextremistischen „Deutschen Volksunion“ künftig die Nibelungenhalle ohne juristische Gegenwehr zur Verfügung stellen. Diesen Beschluß, der bis auf weiteres gelten soll, faßte die Stadtverwaltung unlängst aufgrund einer schriftlichen Empfehlung der Regierung von Niederbayern. Seit 15 Jahren führt die DVU des Dr. Frey in der Passauer Nibelungenhalle alljährlich im September eine große Veranstaltung, teilweise mit internationaler rechtsextremer Prominenz durch. Regelmäßig versuchte die Stadt Passau, sich der Überlassung der städtischen Nibelungenhalle an die DVU mit Hilfe der Gerichte zur Wehr zu setzen - und dies in ebensolcher Regelmäßigkeit vergeblich.

Solingen - Der süddeutsche Neonazi „Schinderhannes“ empfiehlt im Thule-Mailbox-Netz seinen



„nationalgesinnten Kameradinnen und Kameraden“ die Lektüre des Buches „SAS Einsatztaktiken“ von „Mike Robinson“ (191 Seiten, DM 49,—). Detailiert werden dort u.a. „Taktiken zur Terrorismusbekämpfung“, „Lautloses Töten“, „Beobachtung des Gegners“ und „Infiltrationsarten“ beschrieben. Herausgeber des Machwerkes ist der ultrarechte Solinger BARETT-Verlag, der sich auf Militaria-Bücher spezialisiert hat. Gründer und Kopf des Verlages ist Karl-Heinz Dissberger, der 1975 auf der Reserveliste der NPD zu den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen kandidierte. Bei einer Hausdurchsuchung im Jahr 1980 wurden bei Dissberger mehrere tausend Schuß Munition, Pistolen und mit TNT gefüllte Handgranaten gefunden.

Weißenbrunn/Bayern - Kai Dalek (alias „Under-taker“), Kraftwerk-Sysop, schlägt im Thulenet zunehmend militante Töne an. Die Terroraktion des Berliner Neonazis Kay Diesner kommentierte Dalek, der im letzten Jahr dem Aktionskomitee Rudolf Heß angehörte und zuvor u.a. als „Geschäftsführer“ der „Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front“ (GdNF) fungierte: „Das hätten sich die Schreibtischtäter (gemeint sind Verfassungsschützer) mit Sicherheit nicht träumen lassen, wie manche Kameraden auf Verbote reagieren können. Daß da Kameraden mal die Sicherung durchbrennt, ist verständlich und von meiner Seite nachvollziehbar.“ Dalek weiter: „Wie sagte Kamerad Christian Worch vor ein paar Jahren sinn-gemäß: Sie werden uns auf Knien bitten, daß wir die Kameraden wieder zurückpfeifen, damit es nicht weitere Tote geben wird.“

Ausland

Schweiz (Berikon) - Mit einer neuen Ausgabe (Nr. 3) der „patriotischen“ Zeitschrift „Hammer machen die Schweizer Hammerskins (>SHS<: Postfachadresse in Berikon/Schweiz) auf sich aufmerksam. Veröffentlicht sind in dem umfangrei-

Postvertriebsstück. Entgelt bezahlt.

Adresse:

chen Fanzine (36 Seiten, DIN-A-4) u.a. Interviews mit der Skin-Band „Foierstoss“ (Gaggenau/Baden-Württemberg) und mit Harald Th. Mehr von der Neonazi-Postille „Widerstand“ (Lüdenscheid): „Wir haben uns zur Aufgabe gestellt, allen positiven, volkstreuen Kräften fernab von Gruppenegoismen ein gemeinsames Sprachrohr zu schaffen“. Die Rückseite zielt das Konterfei von Führer-Stellvertreter Rudolf Heß.

USA (San Diego/CA) - Das 1979 von Willis Carto gegründete „Institute for Historical Review“ (IHR), über Jahre hinweg eines der führenden Zentren von Holocaustleugnern aus aller Welt, scheint in massiven Schwierigkeiten zu stecken. Carto, dem schon vor längerer Zeit die Führung des IHR von einer Gruppe um Mark Weber entrissen worden war, wurde im November 1996 von einem Gericht in San Diego dazu verurteilt, 6,43 Millionen Dollar an das IHR zu überweisen. Dagegen hat Carto Widerspruch eingelegt. Der Millionenbetrag stammt, so Searchlight, aus dem Erbe der US-Amerikanerin Jean Farrel, die 1985 in der Schweiz starb. Carto behauptet nun, daß Farrel das Geld an ihn persönlich vererben wollte. Weber und die neue IHR-Führung beanspruchen das Geld jedoch für das IHR.

Österreich (Wien) - Die „österreichische Gesellschaft der Völkerfreund“ (Sitz: Wien), „eine kulturell-ideologisch orientierte rechtsextreme Kleingruppe“ (DÖW), will vom 27. Juni bis 8. Juli eine „Baltikum-Reise“ durchführen. Estland und Lettland sind nach Auffassung der Ewiggestrigen noch heute „weitgehend deutsch geprägt“.

IMPRESSUM

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V.

Verlag:
Vorwärts Verlag GmbH
Wilhelmstraße 140, 10963 Berlin
Telefon (030) 25991641, Fax 25991654

Redaktionsleitung:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
Winterstr. 35, 53177 Bonn
Telefon (0228) 9510416, Fax 314523

Satz und Lithos:
DAVIS BONN GmbH

Druck:
Braunschweig-Druck GmbH

Erscheint 14tägig, Bezug nur Abonnement
Preis DM 117,- jährlich, zzgl. MwSt. und Versandkosten